



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 26144

Fax: (0221)

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 20.09.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 13.09.2010, 16:15 Uhr bis 16.55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Volker Görzel FDP

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Markus Wiener pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ulf Florian auf Vorschlag der SPD

Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)
Herr Helmut Metten	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP
Herr Bernd Fieber	auf Vorschlag der pro Köln
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
---------------------	-----

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Anselm Riddermann	auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
---------------------------	---------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Michael Musto	auf Vorschlag der CDU
Herr Georg Scheferhoff	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük	LDK
--------------------	-----

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Ortstermin in Deutz

1.2 Überwachung des ruhenden Verkehrs im Bereich des Rhein-Energie-Stadions und Verbesserung der Parksituation in diesem Bereich (Az. 02-1600-17/10) 2960/2010

- 1.3 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09)
3235/2010
- 1.4 Beschluss-Controlling
- 2 Anfragen**
- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.1.1 Rheinboulevard
- 2.2 Schriftliche Anfragen
- 3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3.1 Änderung der Abfallsatzung , unterjähriger Wechsel von Teilservice auf Vollservice (Az. 02-1600-38/10)
2942/2010

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Ortstermin in Deutz

Der Ausschussvorsitzende Herr Thelen berichtet zunächst über den Ortstermin, der unmittelbar vor der Sitzung in Deutz stattgefunden hat. Anlass war der Beschluss des Ausschusses vom 14.06.2010 zur TOP Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen im Stadtteil Deutz (Vorlage Nr. 1461/2010). Der Beschwerdeausschuss hatte zu einem gemeinsamen Ortstermin mit dem Verkehrsausschuss, der Bezirksvertretung Innenstadt, Vertretern der Fachverwaltung und dem Petenten eingeladen.

Der Ausschuss hatte die Verwaltung gebeten, in dem genannten Bereich entsprechend der städtischen personellen Kapazitäten konzeptionell zu überprüfen, inwieweit Verbesserungen für den Fußgängerverkehr erreicht werden können. Eine Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn soll, wenn möglich, angestrebt werden. Außerdem wurde die Verkehrsüberwachung gebeten, das illegale Gehwegparken in Deutz zu kontrollieren und entsprechend zu ahnden.

An dem Ortstermin haben neben dem Petenten und den Vertretern der eingeladenen Gremien Vertreter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik (Frau Stolte-Neumann u.a.), der Leiter des Ordnungsamtes Herr Kilp und Vertreter des Verkehrs- und Ordnungsdienstes teilgenommen.

Auf Vorschlag des Petenten wurden verschiedene Straßenabschnitte im Deutzer Stadtteil begangen. Deutlich wurden die enge Bebauung im Stadtteil-Zentrum und die dadurch oftmals sehr geringen Verkehrsflächen, die insgesamt den verschiedenen Verkehrsteilnehmern zur Verfügung stehen. So ergaben sich beim Ortstermin einige Situationen, in denen deutlich wurde, dass in den engen Straßen im Deutzer Zentrum eine gemeinsame Nutzung der Verkehrsflächen durch Fußgänger, Radfahrer, PKW-Fahrer und LKW-Lieferverkehr mitunter an Grenzen stößt.

So gibt es Straßen, in denen die Gehwege zu schmal sind, um begangen zu werden (Benjaminstr.), oder die Gehwege unvermittelt enden (Helenenwallstr./Schauertestr.). Zum Teil sind die schmalen Gehwegsflächen eingeschränkt durch abgestellte Fahrräder und Mülltonnen sowie temporäre Verkehrsschilder. Aber auch die fest installierten Verkehrsschilder und Beleuchtungsmasten auf den Gehwegen schränken die Verkehrsflächen für Fußgänger ein (Siegestr.), bzw. stellen an manchen Stellen sogar Barrieren dar (Luisenstr./Deutzer Freiheit). Dies führt dazu, dass Fußgänger zum Teil die Straße benutzen müssen, auf denen Kraftfahrzeuge aber eindeutig faktisch und rechtlich die stärkeren Verkehrsteilnehmer sind.

Eine zusätzliche Verkehrs- und Anwohnerbelastung ergibt sich dadurch, dass Verkehrsverbots- und Hinweisschilder oftmals nicht beachtet werden (z.B. Parkverbote Siegesstr., Luisenstr.) oder aufgrund der Komplexität mehrerer kombinierter Schilder nicht verstanden werden (z.B. eingeschränktes LKW-Durchfahrverbot Mathildenstr.).

Das Anliegen des Petenten ist insbesondere, einen Denkanstoß zu geben, ob und inwieweit die Situation der Fußgänger als schwächste Verkehrsteilnehmer verbessert

werden kann (z.B. Mischzonen, Shared Spaces, verkehrsberuhigte Zonen).

Die Verwaltung hat im Ortstermin zugesagt, die angesprochenen Problempunkte zu prüfen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Verwaltung wird hierzu dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Verkehrsausschuss eine schriftliche Stellungnahme übermitteln. Auf deren Grundlage kann dann eine abschließende Entscheidung über die Eingabe des Petenten getroffen werden und über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Verkehrsoptimierungs-Maßnahmen beraten werden.

Eine vom Petenten zusammengefasste Liste seiner Anregungen, die die im Ortstermin angesprochenen Punkte ergänzt, ist als Anlage beigefügt und ist in die Prüfung der Verwaltung einzubeziehen.

1.2 Überwachung des ruhenden Verkehrs im Bereich des Rhein-Energie-Stadions und Verbesserung der Parksituation in diesem Bereich (Az. 02-1600-17/10) 2960/2010

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Herr Thelen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei den Mitteilungen der Verwaltung, z.B. über Beschlüsse anderer Gremien, wie den Bezirksvertretungen grundsätzlich die Möglichkeit besteht, weitere Informationen nachzufragen bzw. anzufordern, wenn dies von Ausschussmitgliedern gewünscht wird. Sofern kein Bedarf besteht, werden nur die Beschlusstexte zur Kenntnis gegeben.

1.3 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09) 3235/2010

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

1.4 Beschluss-Controlling

Herr Thelen und Herr Droske berichten über die von der Verwaltung beabsichtigte Erweiterung des Ratsinformationssystems (Session). Geplant ist, das Beschlusscontrolling und die Sachstände über die Umsetzung der Beschlüsse durch die Verwaltung künftig über das Vorlagensystem Session und das im Internet verfügbare Ratsinformationssystem zu erzeugen, so dass einfacher und aktueller auf die Informationen zugegriffen werden kann.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Rheinboulevard

Herr Fischer nimmt Bezug auf die Beratung vom 12.01.2010 zu einer Eingabe zum Rheinboulevard. Er bittet um Beantwortung folgender Fragen:

Sind bei den Bauarbeiten zum Rheinboulevard weitere Bodendenkmäler entdeckt worden?

Wie wurde mit diesen Denkmälern umgegangen?

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Änderung der Abfallsatzung , unterjähriger Wechsel von Teilservice auf Vollservice (Az. 02-1600-38/10) 2942/2010

Der Petent, Herr Klein erläutert seine Eingabe. Die Verwaltung und die AWB erläutern, aus welchen Gründen in der Vergangenheit ein unterjähriger Wechsel von Teilservice und Vollservice nicht möglich war (Anzahl der Anträge, Tourenplanung, Serviceintensität). Die Verwaltung sichert aber zu, zur nächsten Abfallsatzung einen Vorschlag für eine unterjährige Wechselmöglichkeit zwischen Teilservice und Vollservice zur Beschlussfassung vorzulegen. Für die Bezirke, in denen aufgrund betrieblicher Erfordernisse und im Interesse des Umweltschutzes ein Vollservice festgelegt ist, wird ein Wechsel auf Teilservice nicht angeboten.

Für den konkreten Fall des Petenten wird die Verwaltung zusammen mit der AWB eine Einzelfalllösung finden.

Der Ausschuss fasst folgenden geänderten Beschluss zum Verweis an das nachfolgende Gremium:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Abfallsatzung so zu ändern, dass möglichst eine vierteljährliche Umstellung, mindestens aber eine halbjährige Änderung von Teilservice auf Vollservice möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Gez. Horst Thelen
Ausschussvorsitzender

gez. Ralf Droske
Schriftführer